hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Keine Luft nach unten

Kommentar zur Agenda der Schulleiter, s. S. 15

Nun weiß ich, dass die GEW die Hamburger Abiturinflation eher unterstützt; viele Lehrer_innen und die Wirtschaft tun dieses wohl doch eher nicht.

Vielleicht ist mein gutes Hamburger Abitur von 1972 ja nicht geeignet zu hinterfragen, ob es Zeichen von „eher verschärften Aufgaben“ (so der Schulsenator in seiner Antwort auf die Gymnasialleiter im August 2018) war, als der Schulsenator nach dem desaströsen zentralen Vorabitur in Mathematik im Frühjahr 2017 jede_r einzelnen Mathematiklehrer_in in die Parade fuhr und alle Noten um 3 Punkte anhob. Meine drei Kinder waren nicht betroffen, so dass ich nicht in Dankbarkeit ewig SPD wählen muss.

Wie steht's um andere Fächer? Die im Internet für alle Fächer frei aufrufbaren Bewertungsmaßstäbe sagen z.B. für Englisch, dass es als ausreichend (5 Punkte bzw. Note 4), also als glatt bestanden gilt, wenn nur „wenige wesentliche Aspekte“ erfasst sind, methodische Kompetenz nur „in Ansätzen erkennbar“ ist und Passagen „nicht immer kohärent“ und „wenig entwickelt“ sind. Bei so niedrigen Standards müsste es in der Tat leicht sein, darauf zu achten, dass „das Abitur keinen Millimeter leichter wird“ (Originalton Senator), denn wo ist da noch Luft nach unten?

Jedenfalls dürfte ein Hamburger Lehrling (z.B. Maler) hochkantig hinausgeworfen werden, wenn er statt vier Wänden nur eine streicht (= wenige wesentliche Aspekte), diese in lila mit gelben Punkten statt per Vorgabe weiß (= nicht immer kohärent) und mit einer Nagelbürste statt mit einem Pinsel (= wenig entwickelt). Ob der hinausgeworfene Lehrling dann überlegt, das Abitur nachzuholen?

THOMAS MARTINI

Karl Marx in der hlz

hlz 5-6/2018, S. 36

Stiefmütterchen ... Erinnerung ... Freidenker ... Karl Marx (the long 200s)

Das Blümchen "Stiefmütterchen" heißt im Französischen: „Pensée" – kommt von (herbe de la) pensée = Pflanze des Gedenkens. Im Englischen heißt die Blume: „pansy" (sounds like French pensee), im Spanischen: „Pensamiento". Das Stiefmütterchen symbolisiert Andenken, Erinnerung. Es war im Mittelalter ein Symbol für gute Gedanken und ist Erkennungszeichen der Freidenker in Frankreich und in Österreich.

Ähnelt der wuschelige Haarschopf und der dunkle Bart eines Karl Marx nicht der inneren Farb- und der äußeren Blütenblätter-Anordnung der meisten „Stiefmütterchen" in den Beeten und Rabatten unserer Nachbarschaft? Gut, etwas künstlerische Phantasie und aisthetische Kraft braucht es schon, dies zu erkennen. Zum Karl-Marx-Gedenk-Jahr 2018 steuere ich gerne meine Montage bei (bestehend aus einem Graffiti an einer Wand der Universidad Nacional Bogota und einer Blumensamen-Werbung aus Deutschland).

GERD KOCH

Segregation

In einer viel beachteten Studie des Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung vom Mai 2018 über den rasanten Anstieg der sozialen Segregation in deutschen Städten konnten die Wissenschaftler zeigen, dass der Anteil privater Grundschulen in westdeutschen Städten einen signifikant desintegrierenden Effekt hat – besonders dort, wo gleichzeitig viele Kinder und viele Arme wohnen. Neben dem Umzug sind Privatschulen eine Option bildungsbewusster Eltern, die ihre Kinder nicht auf die behördlich zugewiesene Grundschule schicken wollen. Private Grundschulen sorgen scheinbar dafür, dass sozial bessergestellte Eltern seltener aus benachteiligten Quartieren wegziehen. Im Gegenzug ist davon auszugehen, dass die soziale Trennlinie dann zwar weniger zwischen den Wohnquartieren, aber stärker zwischen öffentlichen und privaten Grundschulen verläuft. Dazu passt, dass es für die rund 20.000 Kinder in Hamburg, die eine Privatschule besuchen, das sind etwa zehn Prozent aller Schüler an allgemeinbildenden Schulen, jetzt eine gute Nachricht gibt. Die Schulbehörde erhöht die Zu-

V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKE

Die preisbereinigten verfügbaren Einkommen des reichsten Zehntels der Haushalte in Deutschland sind 1991 bis 2015 um ein Drittel gestiegen. Die der ärmsten 20 Prozent sind dagegen gesunken. Der Anteil der von Armut Bedrohten stieg von elf auf 16 Prozent. Besonders stark stieg das Armutsrisiko für Mieterinnen und Mieter – auf fast 30 Prozent. Wohnungseigentümer hingegen sind nur zu fünf Prozent bedroht. Das ergab eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Wer die soziale Spaltung wirklich bekämpfen will, muss gegen die zunehmende Konzentration des Eigentums an großen Unternehmen und Vermögen vorgehen. Mindestens erforderlich sind dazu eine kräftige Vermögensteuer und eine hohe Erbschaftsteuer auf diese Multimillionenvermögen.

schüsse für die Privatschulen in diesem und im kommenden Jahr um acht Millionen Euro oder umgerechnet gut fünf Prozent. Darüber hinaus stehen in den nächsten Jahren einmalig 25,5 Millionen Euro für Investitionen aus Mitteln der Stadt und des Bundes bereit.

Berufsverbote

46 Jahre nach dem Radikalenerlass haben die Regierungsparteien in Hamburg auch auf Initiative der GEW hin einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der sich mit diesem Kapitel deutscher Geschichte beschäftigt. Aus Sicht der GEW zeigt dieser Antrag mehr Schatten als Licht, wirft eher Fragen auf als dass er sie beantwortet und fällt hinter die Aufarbeitung der SPD-geführten niedersächsischen Regierung zurück. „Positiv am Antrag ist die Feststellung, dass Hamburg in der Verantwortung steht, die Berufsverbote und deren Folgen wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. Begrüßenswert ist zudem die Feststellung, dass dies „unrühmliche Kapitel“ bedauert wird. Negativ ist, dass eine offizielle und deutliche Entschuldigung an die Adresse der Betroffenen fehlt. Bedauerlich ist zudem, dass Rehabilitierungs- und Entschädigungsleistungen nicht erwähnt werden. Insbesondere bedauern wir, dass unser Angebot, als Organisation, die eine Vielzahl Betroffener vertritt, an der Erarbeitung des Antrages beteiligt zu werden, von den Antragstellenden wiederholt ignoriert wurde. [...]

Offen ist zudem, was der Senat unter einer „angemessenen“ Aufarbeitung versteht. [...]

Das Beispiel Niedersachen zeigt, dass mehr möglich ist: Dort entschuldigte sich der Landtag offiziell bei den Opfern und setzte eine Landesbeauftragte für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Schicksale ein. [...]

Auch in der Bremischen Bürgerschaft wurden bereits 2011 in einem fraktionsübergreifenden Antrag Maßnahmen der Entschädigung und Rehabilitation der Betroffenen beschlossen und umgesetzt.

Auch angesichts des Rechtsrucks in der Gesellschaft und damit einhergehender Debatten über die Wiedereinführung einer Extremismusklausel wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit diesem Teil „verdrängter Geschichte“ für politische Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement und Demokratieentwicklung eine wichtige Rolle spielt.

Aus: PRESSEERKLÄRUNG der GEW-Hamburg vom 20. August 2018